

Endlich Montag!

Eigentum verpflichtet

Sicher, es gibt in Deutschland wichtigere Sanierungsvorhaben als die kaputte Schleuse am Mühlendamm. Etwa den Nord-Ostsee-Kanal oder die Vertiefung des Rostocker Seekanals. Und es mag auch sein, dass die Stadt wie behauptet mündliche Zusagen gegenüber dem Wasser- und Schifffahrtsamt Stralsund (WSA) als Vertreter des Bundes nicht

eingehalten hat oder die Parteien schlicht aneinander vorbeigeredet haben. Und ja: Sollte das Land vor Jahren das Angebot des WSA abgelehnt haben, die sanierte Schleuse plus 2,3 Millionen Euro Abschlagszahlung für den Betrieb geschenkt zu bekommen, ist das aus heutiger Sicht mindestens fragwürdig. Aber das alles ändert an der Faktenlage nichts: Die

Schleuse gehört dem Bund. Und es gilt: Eigentum verpflichtet. Punkt.

„Der Bund will sich aus der Verantwortung stehlen“, kritisierte SPD-Mann Thoralf Sens vergangene Woche im Hauptausschuss. „Es ist dreist von ihm, zu sagen ‚Wir geben die Hälfte für die Sanierung‘.“ Als Eigentümer müsste er für die gesamten Kosten gerade stehen. Da

nützt auch kein Verweis von Oberbürgermeister Roland Methling (parteilos) darauf, dass der Bund die Sanierung schon einmal ganz gestrichen hatte. Ein Gutschein für eine halbe Taxifahrt bringt einen nackten Mann schließlich auch nicht ans Ziel.

Die „großzügige“ Geste von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt

(CSU), das Zuschütten der Schleuse zu untersagen und Druck auf Ministerpräsident Erwin Sellering (SPD) auszuüben, ist nur als Ablenkungsmanöver einzustufen. Dobrindt hatte sich auf Intervention Detlef Krauses von der Bürgerinitiative für den Erhalt der Schleuse scheinbar aufseiten der Initiative eingeschaltet. Aber populistische Positionen

kennt man ja von der CSU – es sei nur an die 180-Grad-Wenden beim Bau der Stromautobahnen, bei Studiengebühren oder der Rente mit 67 erinnert. Die Bürger verdienen aber Klarheit.

